

Beschluss

Willkommen bei uns: Integration von Geflüchteten

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Weltweit sind über 68 Millionen Menschen auf der Flucht. Von ihnen kommt in Brandenburg nur ein
2 geringer Teil an: Im Jahr 2017 wurden 4.340 Geflüchtete im Land Brandenburg aufgenommen und im
3 ersten Halbjahr 2018 etwa 1.500. Wir setzen uns für eine Integrationspolitik ein, in der der einzelne
4 Mensch zählt. Wir verteidigen das Grundrecht auf Asyl und lehnen die zunehmende Verschärfung der
5 Flüchtlingspolitik auf europäischen und Bundesebene ab. Im Land Brandenburg fordern wir faire,
6 qualifizierte und effiziente Verfahren und setzen uns für eine nachhaltige Integrationspolitik ein. Dazu
7 gehört auch, sie mit dem Wertekanon unseres Grundgesetz vertraut zu machen: Dessen Vorrang gegenüber
8 Geboten der Religion, dessen Postulat religiöser Toleranz und der Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung
9 aller Menschen, so auch von Mädchen und Frauen sowie aller LSBTTIQ*-Menschen.

10 **Kommunen bei Integration unterstützen**

11 Integration findet vor allem in den Kommunen statt. Vieles können die Landkreise und kreisfreien Städte
12 eigenständig entscheiden: Die Einführung der Gesundheitskarte, den Vollzug der Abschiebungen, die
13 Festlegung der Gebühren in Gemeinschaftsunterkünften für Selbstzahler*innen. Das führt dazu, dass
14 Integration in den einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten sehr unterschiedlich gelingt. Wir wollen die
15 Kommunen stärker unterstützen, indem wir mehr in die Integration investieren - in Sprachkurse, Bildung
16 und Ausbildung und den Zugang zu Arbeit und Wohnungen. Die zu uns geflüchteten Menschen sollen ein
17 selbstbestimmtes Leben führen können.

18 Migrant*innen sind in Brandenburg nach wie vor in politischen Ent- scheidungsprozessen deutlich
19 unterrepräsentiert. Daher setzen wir uns dafür ein, die bestehenden politischen Beteiligungsformen wie
20 Beiräte zu stärken und weitere Formen zu prüfen.

21 Außerdem möchten wir die interkulturelle Kompetenzen in der öffentlichen Verwaltung stärken und die
22 Zahl der Migrationssozialarbeiter*innen deutlich aufstocken.

23 Den zahlreichen Willkommensinitiativen im Land gebührt Anerkennung für das großartige ehrenamtliche
24 Engagement. Wir setzen uns dafür ein, dass sie weiter gestärkt und für notwendige Verwaltungsaufgaben
25 durch finanzielle Zuschüsse des Landes entlastet werden.

26 **Integration in Arbeit voranbringen**

27 Geflüchtete Menschen machen 6 Prozent aller Arbeitssuchenden im Land Brandenburg aus. Unter allen
28 arbeitslosen Menschen beträgt ihr Anteil 4,4 Prozent.

29 Eine wichtige Voraussetzung für gelingende Integration ist der Zugang zum Arbeitsmarkt. Dafür müssen
30 geflüchtete Menschen schnell und ausreichend Deutsch lernen. Sprachlernangebote und
31 Arbeitsmarktprogramme wollen wir daher deutlich ausbauen und flexibilisieren. Für neu angekommene

32 geflüchtete Menschen sind Sprachmittlungsangebote eine wichtige Bedingung für den Anfang in der
33 neuen Umgebung.

34 **Geflüchtete Kinder und Jugendliche besser integrieren**

35 Der Besuch von Kitas und Schulen ist der Schlüssel zum Erfolg der Integration von Kindern und
36 Jugendlichen. Wir wollen Kitas und Schulen stärken, um den Umgang mit Vielfalt und individuelle
37 Förderung zu gewährleisten. Daher setzen wir uns für eine grundsätzliche Verbesserung des
38 Betreuungsschlüssels und die Qualitätssicherung in Kitas ein.

39 Der Schulbesuch geflüchteter Kinder und Jugendlicher muss für jedes Kind gesichert sein, ihre Verteilung
40 in den Schulen hat sich nach anfänglicher Konzentration etwas verbessert. Auf unseren Druck hin wurden
41 so auch die Freien Schulen mit einbezogen. Die Schulsozialarbeit wollen wir weiter ausbauen.

42 In Brandenburg leben rund 1.300 unbegleitete minderjährige Geflüchtete in jugendhilferechtlicher
43 Zuständigkeit. Das Land erfüllt mit einer Quote von ca. 80 Prozent das Aufnahmesoll nicht. Unsere
44 Landtagsfraktion hat mit Erfolg darauf gedrängt, dass die in Brandenburg ankommenden unbegleiteten
45 minderjährigen Geflüchteten entsprechend ihrer Bedürfnisse als Jugendliche in speziellen
46 Betreuungseinrichtungen untergebracht und nach einheitlichen „Clearingstandards“ behandelt werden. Wir
47 möchten, dass künftig Maßnahmen, die für alleinreisende Kinder- und Jugendliche entwickelt wurden, allen
48 jungen Erwachsenen bis 27 Jahren zur Verfügung stehen.

49 **Gesundheitsangebote für Geflüchtete ausbauen**

50 Die Gesundheitsversorgung, vor allem die psychotherapeutische Versorgung, wollen wir für Geflüchtete
51 sicherstellen. Zugänge zu psychiatrischen und psychotherapeutischen Angeboten müssen vereinfacht und
52 vereinheitlicht, Sprachmittlungsangebote verstetigt werden. Die Behandlungsstelle für traumatisierte
53 Geflüchtete in Fürstenwalde wollen wir erhalten und mit mehr Mitteln ausstatten und darüber hinaus
54 Angebote von psychosozialen Zentren für Geflüchtete und Folteropfer landesweit ausbauen. Die Einführung
55 der elektronischen Gesundheitskarte für Geflüchtete ist ein voller Erfolg, sie erleichtert Ärzt*innen die
56 Behandlung und entlastet die Sozialämter. Leider ist sie bisher noch nicht in allen Landkreisen Standard,
57 wir wollen die noch fehlenden kommunalen Träger bei der Einführung tatkräftig unterstützen.

58 **Schutz für die Schwächsten verbessern**

59 Je größer die Unterkunft, desto größer das Konfliktpotential. Dieser Zusammenhang zeigt sich immer
60 wieder bei gewalttätigen Auseinandersetzungen, wie beispielsweise in der Erstaufnahme in
61 Eisenhüttenstadt. Auf unsere Forderung nach einer besseren psychosozialen Versorgung hat die
62 Landesregierung zumindest mit der Neueinstellung von Sozialarbeiter*innen reagiert. Das begrüßen wir.
63 Besonders gefährdete Geflüchtete, alleinreisende Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderung und mit
64 anderen sexuellen oder religiösen Orientierungen brauchen auch besonderen Schutz.

65 **Faire Asylverfahren garantieren**

66 Wir wollen die bestehenden Ermessensspielräume zugunsten von Geflüchteten nutzen. Insgesamt 624
67 Personen wurden 2017 aus Brandenburg abgeschoben. Erschreckend hoch ist die Zahl der minderjährigen
68 Abgeschobenen: Allein im Jahr 2017 waren es 92 Jugendliche.

69 Die Sicherheitslage in Afghanistan und Syrien ist weiterhin prekär. Nach wie vor sind weite Teile beider
70 Länder heftig umkämpft. Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien sind daher auf unbekannte Dauer
71 nicht zu verantworten. Wir fordern die allgemeine Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis an alle
72 geflüchteten Menschen aus Afghanistan und Syrien, wie es das Aufenthaltsgesetz vorsieht.

73

74 Um allen Geflüchteten ein faires und schnelles Verfahren gewähren zu können, muss die angemessene
75 Ausstattung der Verwaltungsgerichte sichergestellt sein.

76 **Keine Abschiebehaftanstalt und keine AnKER-Zentren in Brandenburg**

77 Die wegen Brandschutzmängeln geschlossene Abschiebehaftanstalt in Eisenhüttenstadt wollen wir nicht
78 wieder in Betrieb nehmen. Um die Zahl von Abschiebungen unter Zwang zu minimieren, wollen wir auch
79 künftig finanzielle Mittel für landeseigene Programme zur Förderung einer freiwilligen Rückkehr von
80 Flüchtlingen bereitstellen.

81 AnKERzentren sind integrationsfeindlich und Zeichen einer Politik der Abschreckung. Brandenburg darf sich
82 an dem Aufbau von AnKERzentren nicht beteiligen und muss auch auf Bundesebene diesen Vorstoß
83 entschlossen zurückweisen.

84 **Aufnahmeprogramm für Jesidinnen starten**

85 Die Aufnahme von Schutzsuchenden über humanitäre Sonderkontingente bewahrt die Betroffenen vor
86 lebensgefährlichen Fluchtrouten, Ausbeutung und horrenden Geldzahlungen an Schlepper. Die
87 IS-Terrormiliz ist dabei, die religiöse Minderheit der Jesidinnen in Syrien und im Nordirak zu vernichten. Wir
88 haben 2016 im Landtag ein Aufnahmeprogramm für verfolgte Jesidinnen mit ihren Kindern initiiert und
89 unterstützen die Umsetzung.

90 **Aufnahmen von geflüchteten Menschen aus Seenot und aus den Notunterkünften ermöglichen**

91 Wir unterstützen Initiativen der „Seebrücke“ die bundesweit entstehen, so auch in den Kommunen des
92 Landes Brandenburg, wie z.B. Oranienburg, Eberswalde oder Potsdam, die „sichere Häfen“ zur Aufnahme von
93 geflüchteten Menschen aus Seenot werden wollen.
94
95